



Nr. 35

7. Oktober 2021

Friedrichstraße 169  
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur  
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70  
Telefax 030.40 81-55 99  
presse@dbb.de  
www.dbb.de

## Inhalt

Einkommensrunde Länder

[Bevölkerung unterstützt Gewerkschaftsforderung](#)

Einkommensrunde 2021

[Entgelte rauf – Belastung runter: dbb frauen fordern](#)

[5 Prozent mehr für Landesbeschäftigte](#)

Seniorenpolitische Fachtagung

[Staat ist in der Pflicht: Mobilität sichert Teilhabe](#)

Bilanz nach eineinhalb Jahren

[Wie Unterricht unter Pandemiebedingungen gelingen kann](#)

Europäischer Tag der pflegenden Angehörigen

[Lohnersatzleistung für Pflegende muss kommen](#)

dbb senioren

[Ältere haben ein Recht auf gute Pflege und digitale Teilhabe](#)

dbb jugend

[Tag der Deutschen Einheit: Endlich gleichwertige](#)

[Lebensverhältnisse herstellen](#)

## Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Hessen

[Einkommensrunde 2021: Protest-Aktionen gestartet](#)

Schleswig-Holstein

[Landesregierung blockt Arbeitszeit-Diskussion ab](#)

Mecklenburg-Vorpommern

[Homeoffice-Rahmendienstvereinbarung in Kraft getreten](#)

Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS)

[Planungssicherheit für Krankenkassen gefordert](#)

Deutsche Steuergewerkschaft (DSTG)

[Bekämpfung der Geldwäsche ist unzureichend](#)

Deutscher Philologenverband (DPhV)

[Bundesregierung soll Schule zu Vorzeigeraum für innovative Ideen machen](#)

dbb Lehrer

[Weltlehrertag 2021: Lehrkräfte sind die Basis für gute Bildung](#)

## [Namen und Nachrichten](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

## Einkommensrunde Länder Bevölkerung unterstützt Gewerkschaftsforderung

**dbb Chef Silberbach erinnert die Arbeitgeber an ihre Aussagen während der Pandemie, wie unterbezahlt viele Berufe im öffentlichen Dienst seien: „Dem müssen jetzt Taten folgen.“**

Im Interview mit der Tageszeitung „Welt“ (Ausgabe vom 6. Oktober 2021) verwies der dbb Bundesvorsitzende zudem darauf, dass zwei Drittel der Bürgerinnen und Bürger die Gewerkschaftsforderung unterstützten. Eine aktuelle Forsa-Umfrage im Auftrag des gewerkschaftlichen Dachverbands belege, dass 54 Prozent die 5-Prozent-Forderung angemessen fänden, 12 Prozent sogar zu niedrig.

Die Beschäftigtengruppen würden sich in den bevorstehenden Verhandlungen mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder nicht gegeneinander ausspielen lassen, weder einzelne Branchen noch die unterschiedlichen Statusgruppen, machte Silberbach klar. Alle verdienen eine angemessene, wettbewerbsfähige Bezahlung. „Wir sind überzeugt, dass die Mittel

für Lohnerhöhungen da sind und an anderer Stelle erwirtschaftet werden können“, so Silberbach. „Die Verschlankung der Bürokratie ist dabei ein wichtiger Hebel.“ So hätte beispielsweise der letzte Bundestag fast 600 neue Gesetze beschlossen. Diese Regelungswut umzusetzen, verursache enormen zusätzlichen personellen und finanziellen Aufwand. „Deshalb brauchen wir einen Gesetzes-TÜV, um jene alten Gesetze einzukassieren, die nicht funktionieren oder nicht mehr nötig sind.“

In die bevorstehende Einkommensrunde mit den Ländern gingen die Gewerkschaften konstruktiv und einigungsbereit. „Aber, wenn die Arbeitgeber sich am Verhandlungstisch nicht bewegen, müssen wir die Bewegung auf der Straße erzeugen“, warnte der dbb Chef.

## Einkommensrunde 2021 Entgelte rauf – Belastung runter: dbb frauen fordern 5 Prozent mehr für Landesbeschäftigte

**Einen Tag vor dem Start der Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Länder haben weibliche Beschäftigte des öffentlichen Dienstes in Berlin für höhere Löhne demonstriert.**

„Entgelte rauf – Belastung runter: Nach zwei Jahren Krisenbewältigung mit unvorhersehbarem Ausgang erwarten wir echte Wertschätzung für die Arbeit der Beschäftigten im Landesdienst. Und das muss sich vor allem in der Bezahlung niederschlagen: 5 Prozent mehr – mindestens aber 150 Euro sind gerecht“, machte dbb frauen Chefin Milanie Kreutz am 7. Oktober 2021 bei einer Kundgebung vor der Geschäftsstelle der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) in Berlin deutlich.

Ein positiver Ausgang der Einkommensrunde würde, so Kreutz, vor allem den Frauen zugutekommen, die die Hauptlast der Pandemiebewältigung getragen hätten: „Knapp 60 Prozent der Beschäftigten im Landesdienst sind Frauen. In den Schulen machen Frauen sogar 70 Prozent der Beschäftigten aus. Viele von ihnen haben sich bei der Gestaltung des Unterrichts unter Pandemiebedingungen alleingelassen gefühlt. Die gesellschaftliche Anerkennung ihrer Arbeit hinkt ihrem Wert deutlich hin-

terher“, betonte Kreutz. Jetzt sei es an den Arbeitgebenden, zu danken und Versäumtes wieder gut zu machen: „Die Gerechtigkeitslücken müssen geschlossen werden, indem wir die Löhne aufstocken – und zwar deutlich.“

dbb Tarifchef Volker Geyer sieht die stichhaltigen Argumente auf der Seite der Gewerkschaften, wenn die Verhandlungen am 8. Oktober in Potsdam starten: „In den Krankenhäusern haben viele Fachkräfte dem öffentlichen Dienst während der Pandemie den Rücken gekehrt. Und auch in vielen anderen Bereichen war die Arbeitsbelastung besonders hoch und die Anerkennung durch den Arbeitgeber hat hier oftmals mit den Belastungen nicht Schritt gehalten. Die TdL muss also wissen: Die Enttäuschung der Beschäftigten, dass die TdL jetzt sogar Verschlechterungen will und zu echter Wertschätzung nicht bereit zu sein scheint, ist riesengroß. Und ich kann die Kolleginnen und Kollegen gut verstehen!“, rief Geyer den Demonstrierenden zu. Die Arbeitgebenden der Länder hätten keine Wahl, wenn

sie nicht weiter über Personalmangel klagen wollen: „Die anstehenden Verhandlungen sind eine große Chance für die Länder, das Vertrauen ihrer Beschäftigten zurückzugewinnen. Wir erwarten morgen ein Angebot mit Substanz und ergebnisorientierte Verhandlungen.“

#### Hintergrund

Am 8. Oktober 2021 starten in Berlin die Verhandlungen für den Tarifvertrag der Länder

(TV-L). Davon sind 1,1 Millionen Tarifbeschäftigte der Bundesländer (außer Hessen, das eigene Verhandlungen führt) direkt betroffen sowie indirekt ca. 1,4 Millionen Beamtinnen und Beamte der entsprechenden Länder und Kommunen. Die zweite und dritte Verhandlungsrunde finden am 1./2. November 2021 und am 27./28. November 2021 in Potsdam statt. Mehr auf der dbb Sonderseite unter [www.dbb.de/einkommensrunde](http://www.dbb.de/einkommensrunde).

## Seniorenpolitische Fachtagung Staat ist in der Pflicht: Mobilität sichert Teilhabe

**Mobilität sichert Freiheit, soziale Teilhabe und gesellschaftliche Integration. Deswegen sagt der dbb: Es ist Aufgabe des Staats, entsprechende Infrastruktur auf- und auszubauen.**

„Nur wer mobil ist, kann aktiv und selbstbestimmt am Leben teilhaben und sich als Teil einer demokratischen solidarischen Gesellschaft wahrnehmen. Mobilität bedeutet insbesondere für ältere Menschen Freiheit, soziale Teilhabe und gesellschaftliche Integration“, betonte dbb Chef Ulrich Silberbach zum Auftakt der 6. Seniorenpolitischen Fachtagung am 5. Oktober 2021 in Berlin, wo unter dem Motto „Mobil sein – neue Wege gehen“ Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Praxis auf Einladung der dbb bundesseniorenvertretung vielfältige Aspekte des Themas vorstellten und diskutierten.

„Mobilität ist aber nicht nur ein Thema für die Älteren, sondern ein generationenübergreifendes Grundbedürfnis“, stellte der dbb Bundesvorsitzende klar. Daher habe der Staat grundsätzlich für eine Mobilität sicherstellende Infrastruktur zu sorgen, sowohl im städtischen Umfeld als auch im ländlichen Raum. Hier sieht Silberbach dringenden Nachholbedarf: „Maßnahmen-Kataloge haben wir jetzt genug im Regal, jetzt muss endlich was passieren: Gleichwertige Lebensverhältnisse schaffen heißt, strukturschwache Regionen zu fördern, Breitband und Mobilfunk flächendeckend auszubauen und die Verkehrsinfrastruktur massiv zu stärken. Auch die Erreichbarkeit von Behörden, medizinischer wie pflegerischer Versorgung ist flächendeckend wohnortnah sicherzustellen, ebenso wie Bildungs-, Begegnungs- und Kulturangebote für alle Generationen.“ Die zunehmende Digitalisierung sei ganz sicher Teil der Lösung, indem sie mobilitätsunabhängige Ansprache und Unterstützung möglich

make und mit intelligenten Assistenzsystemen und Technologien dazu beitragen könne, die Mobilität im Alter zu erhalten oder zu erhöhen. „Gleichwohl dürfen wir ältere und gesundheitlich beeinträchtigte Menschen nicht einfach ohne Weiteres auf Computer und Internet verweisen und sie damit alleine lassen. Gerade für diese Gruppe sind zwischenmenschliche Kontakte und der persönliche Austausch unerlässlich“, sagte Silberbach.

Auch Horst Günther Klitzing, Vorsitzender der dbb bundesseniorenvertretung, betonte die Bedeutung von Mobilität für alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens und den sozialen Zusammenhalt. Er warnte mit Blick auf digitale Lösungen vor allzu viel Euphorie: „Ja – zukünftiges Alltagshandeln ohne die digitalen technischen Hilfsmittel ist kaum mehr denkbar, nicht einmal das in der Gegenwart. Und ja – diese technischen Hilfsmittel besitzen große Potenziale im Hinblick auf Erleichterungen, Ermöglichkeiten und damit Teilhabe am Leben in der Familie und in der Gesellschaft. Es gilt aber zu beachten, dass Digitalisierung nicht dadurch neue soziale Ungleichheit schafft, dass die Voraussetzungen für den Zugang und die Nutzung digitaler Technologien bei bestimmten Gruppen der Gesellschaft nicht gegeben sind“, mahnte Klitzing. Ebenso müsse aufmerksam verfolgt werden, insbesondere in engeren sozialen Umgebungen, „dass durch die Nutzung digitaler Technologien soziale Bezüge auf funktionale Zusammenhänge reduziert werden und so die Entwicklung zu gesellschaftlicher Desintegration älterer Menschen befördert wird“.

## Bilanz nach eineinhalb Jahren

### Wie Unterricht unter Pandemiebedingungen gelingen kann

**Der dbb hat aus den Erfahrungen der letzten eineinhalb Jahre die Anforderungen an Unterricht unter Pandemiebedingungen formuliert.**

Laut dbb-Bildungsexperten ist sich die überwiegende Mehrheit der Verantwortlichen einig, dass der Präsenzunterricht oberste Priorität hat. Dies sei auch durchaus realisierbar. Jedoch bedürfe es dafür umfangreicher und ganzheitlicher Maßnahmen, damit Kinder und Jugendliche ausreichend geschützt werden.

„Kinder und Jugendliche in der Altersspanne von fünf bis 19 Jahren weisen aktuell über doppelt so hohe Inzidenzwerte wie der Bundesdurchschnitt auf. Vereinzelt Inzidenzen jenseits der 300 zeugen von der ernüchternden Realität, dass unsere Bildungseinrichtungen nach eineinhalb Jahren Pandemie keine sicheren Orte sind. Dass bisher noch keine Mittel für mobile Luftfilter für Kitas und Schulen abgerufen worden sind, zeigt, dass die von der Bundesregierung aufgesetzten Förderprogramme und deren Kriterien die Wirklichkeit an unseren Bildungseinrichtungen verkennen“, so der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Jürgen Böhm, der auch Chef des Verbands Deutscher Realschullehrer (VDR) ist.

„An dieser Stelle ist entschlosseneres Vorgehen seitens der Politik gefragt. Zweifelsohne ist die Bewältigung der Pandemie in all ihren Fa-

cetten eine Mammutaufgabe, dem Bildungsbereich wird bei weitem aber nicht die dauerhaft notwendige Aufmerksamkeit zuteil. Mit dem Positionspapier ‚Schuljahr 2021/22. Unterricht unter Pandemiebedingungen – die Lehren aus über 1,5 Jahren Pandemie‘ treten wir mit konkreten Forderungen an die Politik heran, um die Qualität des Unterrichts und der Betreuung sicherstellen und gestärkt aus der Krise hervorgehen zu können“, ergänzte Susanne Linklitzing, Vorsitzende der dbb Fachkommission Bildung und Chefin des Deutschen Philologenverbands (DPhV).

„Die Politik muss endlich reagieren. Mit Blick auf die Krisen-Monate, wird offensichtlich, wie wenig die Schulgemeinschaft unterstützt wurde. Mit dem Forderungspapier zeigen wir, was notwendig ist: das Pandemiegeschehen kontrollieren, niedrigschwellige Impfangebote schaffen, die Maskenpflicht - wo notwendig - umsetzen, das Testen und Lüften durch geeignete Strategien unterstützen und die personelle und materielle Ausstattung der Schulen angemessen ausgestalten. Nicht zuletzt bedarf es einer optimierten Kommunikation mit den Interessenvertretungen“, konkretisierte Udo Beckmann, Bundesvorsitzender des Verbands Bildung und Erziehung (VBE).

## Europäischer Tag der pflegenden Angehörigen

### Lohnersatzleistung für Pflegende muss kommen

**Die Situation für pflegende Angehörige muss dringend verbessert werden, fordert dbb Chef Ulrich Silberbach gemeinsam mit dbb frauen und dbb senioren.**

„In einem sind sich alle Parteien einig: Ein ‚Weiter so‘ soll es nicht geben. Das muss auch uneingeschränkt für die Weiterentwicklung der Pflegeversicherung gelten“, machte Ulrich Silberbach am 6. Oktober 2021, dem Europäischen Tag der pflegenden Angehörigen, deutlich. Der scheidenden Regierung attestierte Silberbach, eine wichtige Chance vertan zu haben. „Anstatt sich die nötige Zeit für eine umfassende Reform der Pflegeversicherung zu nehmen, haben sich die Verantwortlichen mit kosmetischer Detailarbeit aus der Affäre gezogen. Die künftigen Koalitionspartner haben jetzt die Gelegenheit, alles richtig zu machen

und endlich diejenigen, die die Hauptlast der Pflege in unserer Gesellschaft tragen, ins Zentrum der Aufmerksamkeit zu rücken. Und das sind vor allem Frauen, die ihre Angehörigen privat pflegen.“

Als Mitglied im Beirat zur Vereinbarkeit von Pflege und Beruf hatte sich der dbb gemeinsam mit zahlreichen weiteren Verbänden und Interessenvertretungen eingebracht und konkrete Vorschläge für eine Lohnersatzleistung im Pflegefall vorgelegt. „Neben der Aufstockung der Betreuungsplätze in der Kurzzeit-

pflege muss endlich auch die Lohnersatzleistung für Pflegezeiten eingeführt werden“, forderte Silberbach.

Wer Angehörige pflegt, soll auch in der Alterssicherung bessergestellt werden, fordern die dbb senioren. „Für viele bedeutet ein Pflegefall in der Familie auch heute noch ein Alter in Armut. Und das betrifft vor allem Frauen, die mehr als 70 Prozent der Hauptpflegepersonen ausmachen. Sie stecken beruflich zurück, arbeiten lange in Teilzeit oder geben ihre Jobs sogar ganz auf, um Kinder, Kranke oder Alte zu pflegen. Das dürfen wir als Gesellschaft nicht länger tolerieren. Pflegezeiten müssen sich stärker als bisher renten- und versorgungserhöhend auswirken“, erklärte Horst-Günther Klitzing, Vorsitzender der dbb senioren. Die bisherigen Maßnahmen zur Abmilderung der Pflegelast reichten bei weitem nicht aus. „Die Möglichkeit, Versicherungsbeiträge je nach Pflegegrad an die Rentenversicherung abzuführen, ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein“, kritisierte Klitzing.

Vor allem Frauen, die die Hauptlast der privaten Pflege tragen, kann eine Lohnersatzleistung für Pflegezeiten entlasten, betonten auch die dbb frauen. „Einen Pflegefall kann man nicht planen wie eine Babypause. Man weiß nie, wann es einen trifft und für wie lange die Pflegesituation anhält. Sicher ist nur, wenn es einen trifft, dann muss alles sehr schnell gehen. Eine staatlich geförderte Auszeit in Form einer Lohnersatzleistung nach dem Vorbild des Elterngeldes verschafft Planungssicherheit und schützt viele Pflegenden vor dem finanziellen

Ruin“, erklärte dbb frauen Chefin Milanie Kreutz.

Von der künftigen Regierung forderte Kreutz zudem eine nachhaltige Strategie zur fairen Verteilung der familiären Sorgelasten. „Wir müssen Care-Arbeit entstigmatisieren. Auch für Männer muss es einfacher werden, Eltern- und Pflegezeiten in Anspruch zu nehmen und in Teilzeit zu arbeiten, wenn Angehörige ihre Unterstützung benötigen. Das kann nur durch einen gesellschaftlichen Wandel gelingen.“ Aber auch die Arbeitgebenden dürfen sich ihrer Verantwortung nicht entziehen. „Jeder Arbeitgebende hat es selbst in der Hand und kann für seine Beschäftigten ein familienorientiertes Arbeitsklima schaffen – mit guten Arbeitsschutzregelungen, familiengerechten Entwicklungsmöglichkeiten und familienfreundlichen Arbeitszeiten. Der öffentliche Dienst muss hier mit gutem Beispiel vorangehen“, forderte Kreutz.

#### Hintergrund

Rund 3,4 Millionen Menschen in Deutschland sind pflegebedürftig. Drei Viertel von ihnen werden zu Hause versorgt, davon 1,76 Millionen in der Regel allein durch ihre Angehörigen. Derzeit gehen Berechnungen von etwa 4,8 Millionen pflegenden Angehörigen aus. Davon sind rund 2,5 Millionen Menschen erwerbstätig. Sie müssen Pflege und Beruf gleichzeitig schultern. Mehr als 70 Prozent der Hauptpflegepersonen sind Frauen, die sich oft auch parallel um die Kinderbetreuung kümmern. Pflegenden Angehörigen sind damit die größte Pflegesäule in Deutschland.

dbb senioren

## Ältere haben ein Recht auf gute Pflege und digitale Teilhabe

**Vor allem ältere Menschen haben einen großen Beitrag zur Eindämmung der Corona-Pandemie geleistet. Sie verdienen gute Pflege und müssen bei der Digitalisierung mitgenommen werden.**

„Gerade die älteren Menschen haben in der Anfangsphase der Pandemie die größten persönlichen Einschränkungen auf sich nehmen müssen. Damit haben sie dazu beigetragen, die Verbreitung des Corona-Virus frühzeitig auszubremsen. Das verdient höchste Anerkennung“, erklärte dbb senioren Chef Horst-Günther Klitzing am 1. Oktober 2021, dem Internationalen Tag der älteren Menschen.

Zudem hätte die hohen Impfbereitschaft der über 60-Jährigen – rund 84 Prozent dieser Altersgruppe ist bereits vollständig geimpft – entscheidend dazu beigetragen, dass Deutschland vergleichsweise gut durch die Pandemie gekommen ist. „Nicht nur, dass mit jeder Impfung die Pandemie verlangsamt wird und die vulnerablen Gruppen besser geschützt sind, ohne die Hilfe von Oma und Opa wäre Homeoffice und Kinderbetreuung für viele Familien im ‚Lockdown‘ kaum machbar gewesen“, so Klitzing.

Die Pandemie habe aber auch ein Schlaglicht auf die gesellschaftlichen Schwachstellen geworfen. Niemals zuvor seien Altersarmut, Vereinsamung und der Pflegenotstand so dramatisch zu Tage getreten wie in der Pandemie. „Problematisch war in dieser Zeit vor allem der Zugang zu Dienstleitungen, auf die viele ältere Menschen angewiesen sind“, stellte Klitzing heraus. Die Tafeln beispielsweise durften keine Lebensmittelspenden an bedürftige Rentnerinnen und Rentner ausgeben, Seniorinnen und Senioren in Alten- und Pflegeheimen keinen Besuch empfangen können. „Auch therapeutische Maßnahmen oder Gruppenaktivitäten – für viele Ältere oft die einzigen Kontakte – waren nicht möglich. Viele haben sich bis heute nicht von den Folgen der emotionalen Vernachlässigung erholen können“, rief der dbb senioren Chef in Erinnerung.

Dazu beigetragen hätte auch die teilweise schlechte digitale Ausstattung der Pflegeeinrichtungen und fehlende Digitalkompetenz der über 60-Jährigen. „Viele ältere Menschen sind quasi digital abgehängt. Der Bund muss hier mehr tun und insbesondere Pflegebedürftigen digitale Teilhabe ermöglichen – zum einen durch den Ausbau der Netzinfrastruktur vor allem im ländlichen Raum und der besseren

technischen Ausstattung von Pflegeeinrichtungen, zum anderen mit niedrigschwelligen Schulungsangeboten für über 60-Jährige“, fordert Klitzing.

Auch die seit langem angemahnten Missstände in der Pflege müssten laut Klitzing schnellstmöglich behoben werden: „Die unter Dauerüberlastung stehenden Pflegekräfte haben kaum Zeit für die Grundversorgung. Wichtige Zeit für Gespräche und persönliche Kontakte mit den Älteren, ein ganz essenzieller Bestandteil der Pfl egetätigkeit, bleibt auf der Strecke. Hier muss endlich für Entlastung gesorgt werden. Besser Arbeitsbedingungen und eine angemessene Bezahlung sind dringen angebracht, um langfristig wieder mehr Menschen für den Pflegeberuf begeistern zu können.“

#### Hintergrund

Der Internationale Tag der älteren Menschen geht auf einen Beschluss der Vereinten Nationen zurück und wird seit 1991 begangen. An diesem Tag soll auf die Belange der älteren Generation hingewiesen und für mehr Verständnis und Rücksichtnahme innerhalb der Gesellschaft geworben werden. 2021 steht der Aktionstag unter dem Motto „Digitale Gerechtigkeit für alle Altersgruppen“.

## dbb jugend

### Tag der Deutschen Einheit: Endlich gleichwertige Lebensverhältnisse herstellen

**Zum Tag der Deutschen Einheit fordert die dbb jugend, die seit vielen Jahren versprochene Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West endlich in die Tat umzusetzen.**

„Auch mehr als 30 Jahre nach der Wiedervereinigung ist Deutschland noch immer nicht komplett zusammengewachsen. Vor allem für diejenigen, die nach 1989 geboren sind und die Teilung gar nicht mehr kennengelernt haben, ist es unbegreiflich, warum die Einkommensverhältnisse, aber auch die tariflich festgelegten Arbeitszeiten, noch immer auseinanderklaffen. Die jungen Beschäftigten im Osten sind genauso gut ausgebildet wie ihre Kolleginnen und Kollegen im Westen. Warum also sollten sie nicht auch die gleichen Arbeitsbedingungen vorfinden“, fragte dbb jugend Chefin Karoline Herrmann mit Blick auf den Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2021.

Zwar hätten die Politiker\*innen zum 30. Jubiläum der Wiedervereinigung große Reden von einheitlichen Lebensverhältnisse in ganz Deutschland geschwungen. Abgesehen von

Interessensbekundungen sei davon ein Jahr später jedoch kaum etwas geblieben. „Die Corona-Pandemie hat uns alle ziemlich kalt erwischt. Dass dem Schutz der Menschen oberste Priorität eingeräumt werden musste, steht außer Frage und war zweifelsohne richtig. Doch jetzt müssen wir den Blick auch wieder nach vorn richten. Die strukturellen Probleme, die während der Pandemie liegen geblieben sind, müssen von den Verantwortlichen aufrichtig angepackt werden“, mahnte Herrmann.

Dazu gehöre neben einer Auszubildendenvergütung, die einen selbstständigen Start ins Berufsleben in allen Regionen ermöglicht, auch die Angleichung der Arbeitszeiten für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder. „Für Bund und Kommunen konnte bei der Einkommensrunde 2020 die Angleichung der

Renten bis 2025 und einheitliche Wochenarbeitszeiten bereits vereinbart werden. Das war ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu gleichwertigen Lebensverhältnissen. Jetzt müssen

die Länder nachziehen, damit wir mit den Begriffen Ost und West auch in Deutschland künftig nur noch die Himmelsrichtungen verbinden“, so Herrmann.

## Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Hessen

### Einkommensrunde 2021: Protest-Aktionen gestartet

**Um Bewegung in die Tarifverhandlungen mit dem Land Hessen zu bringen, haben Beschäftigte von Hessen Mobil erste Protestaktionen gestartet.**

In Darmstadt, Dillenburg, Kassel und Wiesbaden versammelten sich am 6. Oktober 2021 Straßenwärterinnen und Straßenwärter vor den Liegenschaften von Hessen Mobil, um die gewerkschaftlichen Forderungen in der laufenden Tarifrunde zu unterstreichen: Eine Erhöhung der Tabellenentgelte um 5 Prozent, mindestens aber 175 Euro monatlich. Außerdem sollen Ausbildungs- und Praktikantenentgelte um 100 Euro monatlich steigen. Im Bereich der Straßenwärterinnen und Straßenwärter, so die Protestierenden, müsse das Land als Arbeitgeber attraktiver werden, insbesondere da zuletzt mit der Autobahn GmbH des Bundes ein neuer Konkurrent bei der Suche nach Fachkräften auf der Bildfläche erschienen sei.

In Darmstadt sagte der Chef des dbb Landesbundes Heini Schmitt zu den Beschäftigten: „Die hessische Landesregierung hat in der

Pandemie bewiesen, dass sie tatkräftig bereit ist, große Summen auch über neue Schulden in die Hand zu nehmen. Dabei standen viele, aber eben nicht alle Ausgaben in unmittelbarem Zusammenhang mit den Folgen der Pandemie. Mit anderen Worten: Wenn der Landesregierung etwas besonders wichtig ist, dann nimmt sie dafür auch Geld in die Hand. Nun muss sie beweisen, dass ihr auch die Beschäftigten des Landes wichtig sind.“

In den nächsten Tagen finden weitere dbb Aktionen in Hessen statt, etwa am 7. Oktober in Gießen vom dbb Bezirksverband Mittelhessen und am 11. Oktober vom Bund der Strafvollzugsbediensteten (BSBD) in Frankfurt. Den Abschluss bildet eine zentrale Kundgebung in Wiesbaden am 13. Oktober, bevor dann an den beiden Folgetagen in Dietzenbach ein Kompromiss gefunden werden soll.

Schleswig-Holstein

### Landesregierung blockt Arbeitszeit-Diskussion ab

**Eine Arbeitszeitreduzierung von 41 auf 40 Stunden zumindest für Beamtinnen und Beamte, die familiäre Herausforderungen (Betreuung von Kindern oder Pflegebedürftigen) stemmen müssen – das sah ein Antrag an den Landtag vor. Doch die Regierungsparteien blockieren.**

CDU, Grünen und FDP konnte sich noch nicht einmal dazu durchringen, dieses vom SSW eingebrachte Anliegen auf Antrag der SPD zum Gegenstand einer Ausschussberatung mit der Möglichkeit einer Experten-Anhörung zu machen. „Wir werden die Verweigerung einer Sachdiskussion nicht akzeptieren und die Politik immer wieder mit der nicht mehr zeitgemäßen Arbeitszeitsituation konfrontieren“, versichert dbb Landesbundvorsitzender Kai Tellkamp am 30. September 2021.

Mit dem Antrag wurde das Ziel verfolgt, zumindest das Regelungsniveau des Bundes zu übernehmen. Dort finden sich die genannten familienpolitischen Komponenten in der Arbeitszeitverordnung. Dabei handele es sich im Grunde um einen moderaten Vorschlag, zumal in sämtlichen an Schleswig-Holstein angrenzenden Ländern pauschal die 40-Stunden-Woche gilt, erklärte Tellkamp. Da nütze es dann auch wenig, auf Teilzeitmöglichkeiten zu verweisen, die ja stets mit entsprechenden Besoldungseinbußen verbunden sind. Aus Sicht des

dbb sh sei es ganz klar die falsche Strategie, an Attraktivitätsdefiziten und Wettbewerbsnachteilen festzuhalten.

Das gelte auch für die fehlende Bereitschaft, Langzeitkonten ausdrücklich zu ermöglichen. Damit hätten Beschäftigte die Möglichkeit, über einen längeren Zeitraum Guthaben anzusparen und dieses für bestimmte Lebenslagen bedarfsgerecht einzusetzen, ohne dass Besoldungseinbußen folgen. Dieses Anliegen teilte jedoch das Schicksal der Arbeitszeitreduzierung, denn es war ebenfalls Antragsgegenstand. In der kurzen Debatte sei zudem deutlich, so der dbb Landeschef, dass Langzeitkonten häufig mit der begrenzten Übertragung von Zeitguthaben verwechselt werden. Auch hier

wäre eine Expertenanhörung daher hilfreich gewesen.

„Wir begrüßen dagegen die Entscheidung der Landtagsmehrheit, die pauschale Beihilfe abzulehnen. Innerhalb der Regierungskoalition erfolgte die Ablehnung allerdings ausschließlich auf Betreiben der CDU-Fraktion. Die übrigen Landtagsfraktionen sympathisieren offenbar mit diesem Modell. Nach unserer Überzeugung stellt es jedoch den Einstieg in die Aushöhlung der Merkmale des Berufsbeamtentums dar und schließt Nachwuchskräfte, die sich voreilig dafür entscheiden, dauerhaft von einer beamtenspezifischen Absicherung aus“, warnte Tellkamp.

## Mecklenburg-Vorpommern

### Homeoffice-Rahmendienstvereinbarung in Kraft getreten

**Bereits im Sommer hat die Landesregierung dem Entwurf einer Rahmendienstvereinbarung über die ortsunabhängige Arbeit der Landesverwaltung zugestimmt. Am 1. Oktober 2021 ist sie nun in Kraft getreten. Die sei „ein weiterer Schritt zur Erhaltung der Zukunftsfähigkeit Mecklenburg-Vorpommerns“, begrüßte dbb Landeschef Dietmar Knecht die Entscheidung.**

In den zurückliegenden Jahren hätten die Personalvertretungen zwar Dienstvereinbarungen zum Homeoffice abschließen können. Diese seien jedoch oft davon geprägt gewesen, dass die Dienststelle der Meinung war, nur Präsenzarbeit gewährleistet die Arbeitsfähigkeit der Verwaltung. Direkt und indirekt sei unterstellt worden, im Homeoffice würde nicht wirklich effektiv gearbeitet. Einige Dienststellen hätten sogar komplett jede Verhandlung mit der Personalvertretung verweigert.

„Die neuen Regelungen bilden nunmehr die nötigen Grundlagen und helfen, Blockaden in den Köpfen mancher Dienststellenleiter zu lösen. Schade, dass erst Corona den notwendigen Druck erzeugt hat“, so Knecht. Die Ernsthaftigkeit der Landesregierung werde auch dadurch unterstrichen, dass der Kabinettsentwurf im Vorfeld nicht nur mit den einzelnen

Ressorts abgestimmt worden sei, sondern auch mit Personalvertretungen aus unterschiedlichsten Bereichen, die in den entsprechenden Gremien die Umsetzung der Rahmendienstvereinbarung begleiten werden.

Die Regelungen betreffen alle Bediensteten der Landesverwaltung – egal ob verbeamtet oder tarifbeschäftigt – und es sind keine besonderen persönlichen Voraussetzungen zu erfüllen. Grundsätzlich werde dabei von einer mindestens 40-prozentigen Präsenzpflcht in der Dienststelle ausgegangen. „Der Beschluss folgt zahlreichen Wünschen der Beschäftigten nach besserer Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das Land Mecklenburg-Vorpommern steigert damit seine Attraktivität als Arbeitgeber enorm“, unterstrich der dbb Landesvorsitzende. Wichtig sei, dass parallel dazu auch die Digitalisierung weiter voranschreite.

## Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS) Planungssicherheit für Krankenkassen gefordert

**Die GdS ruft die Politik dazu auf, in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) für klare Verhältnisse und Planungssicherheit zu sorgen.**

Der GdS-Bundesvorsitzende und dbb Vize Maik Wagner sagte am 6. Oktober 2021: „Derzeit sehen wir im politischen Berlin zwar Koalitionsverhandlungen, aber essenzielle Entscheidungen in der Gesundheitspolitik werden auf die lange Bank geschoben. Das geht so nicht!“

Nach Berechnungen des GKV-Spitzenverbandes steuert die Gesetzliche Krankenversicherung im nächsten Jahr auf ein Milliardendefizit zu. Die Rücklagen seien beinahe aufgebraucht. Ein weiterer Steuerzuschuss sei dringend erforderlich, denn eine Erhöhung des durchschnittlichen Zusatzbeitrages ist nicht möglich. Dafür hat die Bundesregierung schon im vergangenen Jahr gesorgt, als sie mit der „Sozialgarantie“ festschrieb, dass die Gesamtsozialversicherungsbeiträge nicht über die Marke von 40 Prozent steigen dürfen. Dieser Wert ist bereits erreicht. „Als GdS begrüßen wir die Sozialgarantie, denn sie schützt die Beitragszahler vor einer finanziellen Überforderung. Aufgabe der Bundesregierung ist es aber nun, schnell für klare Verhältnisse zu sorgen und den Krankenkassen eine auskömmliche Finanzierung für das kommende Jahr sicherzustellen“, so Wagner.

„Die Finanzierung unserer gesetzlichen Krankenversicherung hat im Wahlkampf nur eine untergeordnete Rolle gespielt. Es ist aber niemandem damit geholfen, die drängenden finanziellen Herausforderungen, vor denen die GKV steht, einfach zu ignorieren. Die Kranken- und auch die Pflegekassen brauchen für ihre Planungen für das kommende Jahr und darüber hinaus endlich eine stabile Perspektive. Die Zeit drängt“, erklärte der GdS Chef. Bundesgesundheitsminister Spahn wolle aber wohl erst Mitte Oktober über einen weiteren Steuerzuschuss entscheiden, nach den Beratungen des Schätzerkreises beim Bundesamt für Soziale Sicherung.

Den möglichen Koalitionspartnern im Bund gibt der GdS-Bundesvorsitzende mit auf den Weg: „Essenziell für die 73 Millionen gesetzlich Krankenversicherten in diesem Land ist, dass die gesetzliche Krankenversicherung auf einem soliden finanziellen Fundament steht. Solange der Steuerzuschuss aber reine Verhandlungssache ist, ist eine seriöse Finanzplanung schwierig. Die GdS spricht sich daher für klare gesetzliche Regeln für den Steuerzuschuss aus. Nur so kann verhindert werden, dass die gesetzliche Krankenversicherung zum Spielball der Politik wird.“

## Deutsche Steuergewerkschaft (DSTG) Bekämpfung der Geldwäsche ist unzureichend

**Im Zusammenhang mit den am 3. Oktober 2021 bekannt gewordenen „Pandora Papers“ reagiert die DSTG mit Kritik gegenüber der deutschen Finanzpolitik. DSTG Chef und dbb Vize Thomas Eigenthaler bemängelte die unzureichende Bekämpfung der Geldwäsche in Deutschland wie auch den halbherzigen Kampf gegen Steuerflucht.**

Eigenthaler sagte der „Bild“: „Die Große Koalition hat zum Ende ihrer Amtszeit zwar das ‚Steueroasenabwehrgesetz‘ auf den Weg gebracht, das ist aber ein Papiertiger.“ Das Gesetz sei zwar gut formuliert, so Eigenthaler, habe aber eine klare Schwachstelle: Es baue auf der Schwarzen Liste von Steueroasen der EU auf, dort fehlten aber die wichtigsten Steuerfluchtgebiete mit ihren „Briefkastensystemen“. Die Kritik des DSTG-Chefs: „Staaten, die auf die Schwarze Liste kommen, klopfen sofort bei der EU an, geloben Besserung und

kommen nach Lippenbekenntnissen gleich wieder von der Liste.“ Auch sei es sehr ärgerlich, dass auf dieser EU-Liste die Steueroasen innerhalb Europas wie etwa Malta, Zypern und die britischen Kanalinseln komplett fehlten. „Aber auch Irland ist eine Vorstufe zu einer Steueroase. Es ist kein Zufall, dass Apple dort seinen europäischen Sitz hat“, ergänzte Eigenthaler.

Weiter kritisierte der DSTG Bundesvorsitzende, dass Deutschland wegen seiner Stabilität ein „Magnet für Geldwäsche“ sei: „Viele kommen hierher, um kriminelles Geld zu parken, weil sie wissen, es ist in einem sicheren Hafen.“ Auch sei die Behörde zur Bekämpfung von Geldwäsche, die Financial Intelligence Unit (FIU), angesichts hoher Zahlen von Geldwäscheverdachtsmeldungen personell unzu-

reichend aufgestellt. Generell zeigte sich Eigenthaler pessimistisch, was die Bekämpfung von Steuerflucht, wie sie die Pandora Papers offengelegt hätten, betreffe: „Das ist ein Krake, der immer weiterwächst und den man im Grunde nicht töten kann. Wenn man ihm den Kopf abschlägt, wachsen woanders zwei Köpfe nach. Das Kapital ist immer schneller als die Justiz.“

## Deutscher Philologenverband (DPhV) Bundesregierung soll Schule zu Vorzeigeraum für innovative Ideen machen

**Der DPhV fordert die an den Koalitionsverhandlungen beteiligten Parteien dazu auf, Bildung und die dauerhaft bessere Finanzierung von Schulen zu einem Kernanliegen der nächsten Bundesregierung zu machen.**

„Wir haben in den vergangenen Monaten unter Corona-Bedingungen deutlich gesehen, was den Lehrkräften, den Schülerinnen und Schülern abverlangt wurde und welche Defizite wir nach wie vor an unseren Schulen vorfinden“, stellt die DPhV Bundesvorsitzende Susanne Lin-Klitzing fest. „In den nächsten Koalitionsvertrag gehören Bildung und Schule deshalb ganz nach oben! Dafür müssen mehr Bundesmittel für Bildung zweckgebunden in die Länder und Kommunen fließen!“

Konkret gehe es etwa darum, die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass Unterricht sowie Schulverwaltung lücken- und problemlos digital unterstützt werden. Jede Schule brauche die Unterstützung eines professionellen IT-Beauftragten. Auch müssten die Schulgebäude und deren Ausstattung den Erfordernissen eines präventiven Gesundheits- und Arbeitsschutzes entsprechen. Sanierung mit Blick auf Gebäudedämmung, Beleuchtungsanlagen,

Heizungen, Lüftungen und Photovoltaik auf neuestem Stand sollten eine Selbstverständlichkeit werden.

Ferner fordert der DPhV, das „enorme Potenzial seiner klügsten und besten Köpfe auszuschöpfen“ und dafür ein Bundes-Exzellenz-Programm für Schülerinnen und Schüler einzurichten. Es soll unter anderem Auslandsaufenthalte, Hospitationen in Wirtschaft, Verwaltung und Forschung sowie exklusive Vorträge umfassen. Lin-Klitzing: „Gerade am Gymnasium sehen wir, mit wie viel Begeisterung und Erfindergeist, mit wie viel Engagement und Einsatzbereitschaft die besten und klügsten unserer Schülerinnen und Schüler sich einbringen wollen, um für uns alle an einer besseren Zukunft mitzuarbeiten. Ein kontinuierliches Exzellenz-Programm wäre genau das Richtige, um diese jungen Menschen über den anspruchsvollen Unterricht an unseren Gymnasien hinaus zu fördern.“

dbb Lehrer

## Weltlehrtag 2021: Lehrkräfte sind die Basis für gute Bildung

**Der Verband Bildung und Erziehung (VBE) und der Verband Deutscher Realschullehrer (VDR) haben sich mit Blick auf den Weltlehrtag am 5. Oktober 2021 für bessere Rahmen- und Arbeitsbedingungen der Lehrenden stark gemacht.**

„Unsere Demokratie braucht starke und gut ausgebildete Lehrkräfte, die unsere Kinder und Jugendlichen gerade in diesen schwierigen Zeiten effektiv individuell fördern können. Dafür ist die differenzierte Lehrerbildung elementar! Lehrkräfte vermitteln fundiertes Wissen, Werte und Fähigkeiten, die junge Menschen

lebenslang benötigen, um beruflich und privat gut durchs Leben zu kommen. Sie sind daher äußerst wichtige Bezugspersonen für junge Menschen. Um auch in Zukunft die Qualität der Bildung hochzuhalten, wollen wir Anreize schaffen, damit sich viele junge motivierte

Menschen für den Lehrberuf entscheiden“, sagte VDR Chef und dbb Vize Jürgen Böhm.

Der VBE Bundesvorsitzende Udo Beckmann betonte: „Die Wertschätzung gegenüber den Engagierten im Bildungsbereich hat in der Coronakrise sehr zu wünschen übriggelassen. Die warmen Worte können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Situation vor Ort sich

stetig verschlechtert. Der überall spürbare Personalmangel und die steigenden Anforderungen an das Lehrpersonal tun ihr Übriges. Es muss erste Priorität sein, Lehrkräfte von Aufgaben zu entlasten und den Beruf wieder attraktiver zu gestalten. Dazu gehört auch eine angemessene Bezahlung. Die anstehenden Tarifverhandlungen sollten von der Politik genutzt werden, um ihrer Wertschätzung Ausdruck zu verleihen – und nicht für Machtspielen.“

## Namen und Nachrichten

Der Tarifvertrag über Maßnahmen zur Begleitung des Umbaus der Landesverwaltung Brandenburg (TV Umbau II) wird um ein weiteres Jahr verlängert. Darauf verständigten sich der **dbb brandenburg** und die Landesregierung am 30. September 2021 in Potsdam. Gleichzeitig wurde eine Zwischenlösung für die Beschäftigten beim Landesbetrieb Forst Brandenburg (LFB) gefunden. Coronabedingt konnten letztes Jahr keine Tarifverhandlungen stattfinden, so dass man sich darauf verständigte, den TV Umbau II um ein weiteres Jahr zu verlängern. Auch dieses Jahr hat Corona das Land noch im Griff. Um es für alle Seiten einfacher zu gestalten und vor allem einen tariflosen Zustand – besonders im Hinblick auf die anstehenden Veränderungen beim Landesforst Brandenburg (LFB) – zu verhindern, haben sich alle Seiten auf eine erneute Verlängerung bis zum 31. Dezember 2022 geeinigt. Das gilt auch für den TV-ATZ Forst Brandenburg, die Richtlinie zur Förderung der Inanspruchnahme der Altersteilzeit; die Richtlinie zur Übernahme von Ausgleichsbeträgen zur Abwendung von Rentenabschlägen sowie die Abfindungsrichtlinie.

Der **tbb** hat seine Mitglieder am 6. Oktober 2021 aufgerufen, sich per Postkartenaktion „Keine Besoldung nach Haushalts- sondern Rechtslage“ für eine amtsangemessene Alimentation an die Mitglieder des Thüringer Landtages zu wenden. „Wir rufen Sie auf, sich per Mail oder mit der Postkarte (online oder per Post) an die Abgeordneten und Fraktionen zu wenden. Hierfür stellen wir Ihnen an vielen Behördenstandorten in der nächsten Woche Postkarten oder ab sofort Postkarten zum selber falten oder versenden per Email zur Verfügung. Über Ihre Gewerkschaften können Sie die Motive als Postkarte und Plakat erfragen.

Die Postkarten sollten bis Anfang September im Landtag eingegangen sein. Dann wird sich dieser mit dem Gesetzentwurf zur Wiederherstellung einer verfassungsgemäßen Alimentation befassen“, heißt es dazu beim tbb. Mehr Infos unter [thueringer-beamtenbund.de](https://thueringer-beamtenbund.de).

Bei „Bild TV“ hat der Bundesvorsitzende der **Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG)** Rainer Wendt am 4. Oktober 2021 zu den unverhohlenen Todesdrohungen eines abgeschobenen Afghanen Stellung genommen: „Wenn es je eine Abschiebung gegeben hat, die gerechtfertigt war, dann diese. Fraglich bleibt, warum solche Leute erst 17 Jahre lang in Deutschland ihr Unwesen treiben können, bevor sie gelingt und warum die Spießgesellen dieses Menschen noch immer in unserem Land sind.“ Dass die Sicherheitsbehörden diese Drohungen ernst nehmen und entsprechende Vorbereitungen treffen, sei selbstverständlich. Dazu zähle, dass die Wiedereinreise dieses Schwereverbrechens nach Deutschland verhindert wird. Aber ein scharfes Augenmerk müsse auch auf diejenigen gerichtet werden, die zum Freundeskreis des Afghanen gehören und nach Möglichkeit entweder sicher untergebracht oder auch abgeschoben werden, so der DPoIG Bundesvorsitzende weiter.

Die Maskenpflicht im Klassenraum wird in einigen Bundesländern aufgehoben. „Wir unterstützen diesen Vorstoß ausdrücklich, weil damit ein weiteres Stück Normalität in den Unterricht zurückkehrt. Mimik und klare Sprache sind wesentliche Schlüssel zum Erfolg unseres Unterrichts“, sagt Joachim Maiß, Vorsitzender des **Bundesverbandes der Lehrkräfte für Berufsbildung (BvLB)**, am 30. September 2021. „Alle Schülerinnen und Schüler der beruflichen Bildung können sich gegen das

Coronavirus impfen lassen und sollten es genauso wie die Berufsbildner selbst auch tun. Gekoppelt mit den Schutz- und Hygienekonzepten sinkt die Gefahr neuer Infektionswellen in den Klassenräumen – vor allem, wenn in

den berufsbildenden Schulen die 3-G-Regel konsequent umgesetzt wird, was elementar wichtig ist, um das Infektionsgeschehen zu durchbrechen.“

Termine:

8. Oktober 2021

**Einkommensrunde 2021: 1. Verhandlungsrunde**

Mehr Informationen unter

[www.dbb.de/einkommensrunde](http://www.dbb.de/einkommensrunde)

21. Oktober 2021

**dbb jugend Ideencampus „Extrem menschlich“**

Mehr Informationen unter

<https://www.dbb-jugend.de/events/ideencampus-extrem-menschlich.html>

1. und 2. November 2021

**Einkommensrunde 2021: 2. Verhandlungsrunde**

Mehr Informationen unter

[www.dbb.de/einkommensrunde](http://www.dbb.de/einkommensrunde)

27. und 28. November 2021

**Einkommensrunde 2021: 2. Verhandlungsrunde**

Mehr Informationen unter

[www.dbb.de/einkommensrunde](http://www.dbb.de/einkommensrunde)